„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Schließung von Volksschulen?

Wir sprechen in Canada so gerne von dem hohen Stande unserer „Zivilisation" und rühmen sie in allen Tonarten. Wir sind uns wohl auch klar darüber, daß eine Grundfeste der modernen Zivilisation das Schul- und Bildungswesen ist, aus dessen Wurzeln wir einen ziemlich bedeutenden Prozentsatz unserer neuzeitlichen Bildung, unseres wirtschaftlichen und technischen Fortschrittes, unseres geistigen, sittlichen und nationalen Lebens beziehen. Die Schule ist, kurz gesagt, einer der wichtigsten Kulturfaktoren, die wir uns aus der Gegenwart gar nicht hinwegdenken können.

Doch was müssen wir in Saskatchewan erleben? Erst munkelte und tuschelte man nur davon, dann sprach man es offen und freimütig aus und heute pfeifen es bereits die Spatzen von allen Dächern: Volksschulen werden geschlossen werden müssen; ja, einige sollen bereits geschlossen sein! Zur Begründung wird auf die allgemeine wirtschaftliche Notlage und auf die Finanzschwierigkeiten hingewiesen. Stellenweise sollen die Lehrer bereits auf ihr Gehalt verzichtet und sich bereit erklärt haben, gegen Kost und Wohnung den Unterricht der Kinder fortzuführen.

Daß dies ausgerechnet in Saskatchewan sich zutragen muß, wirkt besonders tragikomisch. Denn an der Spitze dieser Provinz steht ein Mann, der sich zu den hervorragendsten Pädagogen des Westens zählt und mit der Premierschaft den Posten des Unterrichtsministers verbindet.

Rein parteipolitische Erwägungen müssen aber in den Hintergrund treten, wenn es um die Bildung und Erziehung unseres Nachwuchses geht, wenn die Frage der Schulschließung auf der Tagesordnung steht. Das ist etwas so Unerhörtes und so Unbegreifliches, daß man darüber nicht mit einem bedauernden Achselzucken, nicht mit einigen Phrasen von der Krise und Depression, die alles entschuldigen soll, hinweggehen darf. Es steht zu viel auf dem Spiele! Es geht darum, ob Hunderte und Tausende von schulpflichtigen Kindern monatelang in ihrer Fortbildung gehemmt werden und sich an das Herumbümmeln gewöhnen sollen. Alle einsichtsvollen Eltern und Erzieher müßten es schmerzlichst bedauern, wenn ihre Kinder oder Zöglinge zum Nichtstun und Faulenzen verurteilt würden. Namentlich die Deutschsprechenden, die der Erziehung und dem geistigen Aufstieg ihrer Kinder ein besonders lebhaftes Interesse stets entgegengebracht haben, könnten nur mit innerstem Widerstreben einer solchen Maßnahme zusehen.

Es soll zugegeben werden, daß ernstliche Finanzschwierigkeiten den Schulbetrieb behindern und erschweren. Doch wie kommt es, daß in Ländern wie Deutschland, Oesterreich, ja sogar in Rußland niemals, nicht einmal in den Zeiten bitterster Not, an die Schließung der Schulen gedacht wurde? Vielleicht könnte man bei den genannten Ländern bescheiden anfragen, wie sie es denn fertig brachten, ihr Schulwesen in schwersten Zeiten durchzuhalten. Oder beruht unser ganzes Schulsystem auf einer verfehlten Grundlage? Sofort wird die allbeliebte Entschuldigung auftauchen: Wir leben eben in einem „jungen Lande". Es soll und muß gewiß anerkannt werden, was hierzulande auf schulischem Gebiete bereits geleistet worden ist. Doch sollten wir deswegen nicht in Selbstüberhebung verfallen, sondern vielmehr kritisch und vorsichtig das Fundament prüfen, auf dem das canadische Schulwesen aufgebaut ist. Ist die Grundmauer für eine Notzeit wie die gegenwärtige nicht stark genug, so ist zweifelsohne ein Konstruktionsfehler vorhanden, den zu suchen und zu finden eine hochwichtige Aufgabe zum Wohle unserer heranwachsenden Jugend und künftiger Generationen sein sollte.

Geschlossene Siedlungen!

Aus Zuschriften so mancher Courierleser mußten wir schon oft ersehen, wie deutsche Freunde, die unter Nichtdeutschen zu leben gezwungen sind, es lebhaft bedauern, daß sie nicht deutsche Nachbarn haben. Sie fühlen sich oft so vereinsamt, oft so abgeschnitten vom Meinungsaustausch und gesellschaftlichen Verkehr mit Gleichgesinnten und mit Menschen gleicher Sprache.

Gerade gegenwärtig sollte diese häufig zu machende Erfahrung uns zu einigem Nachdenken veranlassen. In verschiedenen Bezirken des Westens hat das Wanderfieber eingesetzt. Man hofft das Glück im Norden Saskatchewans, in Nord-Alberta oder in Britisch Columbien zu erjagen. Ob es sich dort so leicht erhaschen läßt, wie manche sich das in ihren kühnen Träumen ausmalen, ist allerdings eine andere Frage. Doch die Tatsache besteht, daß der Wandertrieb viele erfaßt hat. Man sucht nach Heimstätten, läßt sich von verlockenden Anpreisungen eines Siedlungsagenten oder Landverkäufers blenden, achtet vielleicht noch auf Bodenqualität, Wasserverhältnisse, Holz-, Wild- und Fischreichtum, fragt aber nicht: Leben dort schon Menschen meines Glaubens und meiner Sprache? Hat man sich dann nach mühsamer Arbeit und mannigfaltigen Entbehrungen ein Heim auf neuer Scholle gegründet, möchte man gerne auch etwas geselligen Verkehr pflegen, entdeckt man zur eigenen bitteren Enttäuschung, daß man einsam und verlassen unter Engländern, Schotten, Polen oder Ukrainern wohnt. Doch leider kommt die Reue zu spät.

Es ist menschlich begreiflich und sogar gutzuheißen, wenn ein strebsamer Mensch sein Los zu verbessern sucht. Doch sollte darüber nicht vergessen werden, Finde ich im neuen Siedlungsgebiet auch Anschluß an Glaubensgenossen, an gleichgesinnte deutsche Brüder und Schwestern? Das ist im höchsten Interesse der neuen Siedlungen selbst gelegen, die sich bei gegenseitigem Wetteifer und gegenseitiger Unterstützung der Siedler weit besser entwickeln. Bedenken wir ferner, daß die Pflege und Erhaltung der deutschen Muttersprache und des Deutschtums im allgemeinen in geschlossenen deutschen Siedlungen sich leichter ermöglichen läßt, so haben wir fürwahr genügend schwerwiegende Gründe dafür, warum wir dem Prinzip der Gruppensiedlung ernstste Beachtung schenken und es noch Möglichkeit zur praktischen Durchführung bringen sollen.

Rußlands Interesse am Streit um die Mandschurei.

Nachdem die halbamtliche Telegraphenagentur die Meldung vom Einrücken von Rotetruppen in die Mandschurei bestritten hat, bringt die sowjetrussische „Prawda" einen „Die Aufteilung Chinas" überschriebenen Aufsatz, der sich mit dem chinesischen Problem beschäftigt.

Die Weltkrise, welche die gesamte kapitalistische Welt erschüttere, habe an allen Ecken und Enden die Gegensätze verschärft. Die Gefahr neuer Kriege steht am Horizont, wovon die mandschurischen Ereignisse Zeugnis gäben. Das ausländische Kapital habe unter der Herrschaft der Kuomintang (der chines. nationalistischen Partei) sich eine neue Stellung in China errungen, und seine militärischen Gruppierungen glichen Marionetten. Auf die Bestrebungen Japans im besonderen eingehend, erklärt die „Prawda", daß eine Teilung Chinas mit Unterstützung des Völkerbundes und eines Teils der imperialistischen Mächte geplant sei. Es wäre der größte Fehler anzunehmen, daß der Imperialismus Amerikas deshalb gegen die Besitzergreifung Mandschuriens sei, weil er gegen eine Aufteilung Chinas eingestellt sei. Das „Maximalprogramm" des amerikanischen Imperialismus ziele auf eine Umwandlung Chinas in eine Kolonie Amerikas hin. Einzelne Gruppen im Lager des amerikanischen Finanzkapitals hätten eine Verständigung gesucht, indem sie die Zusammenarbeit mit dem japanischen Kapitalismus suchten. Der amerikanische Imperialismus sei stärkstens interessiert an der Kräftigung seiner Stellung in China und würde deshalb den gegen das chinesische Volk gerichteten Genfer Beschlüssen nicht widersprechen, wenn sich nicht der japanisch-amerikanische Gegensatz besonders scharf abzeichnen würde. Zweifellos verlange aber Amerika für eine militärische Besetzung Mandschuriens durch Japan eine Kompensation durch Besitzergreifung eines andern Teils Chinas. Genau auf demselben Standpunkt stünden die anderen Mächte, wie zum Beispiel die Engländer und Franzosen. Bisher habe die amerikanische Regierung eine bemerkenswerte Zurückhaltung gegenüber den mandschurischen Ereignissen gezeigt, was wohl als eine Folge der gegenwärtigen Krise anzusehen sei. Dennoch werden Amerika Mandschurien nicht aufgeben und der Kampf um dieses Gebiet stehe bevor. Auch befürchte Amerika die Erneuerung des japanisch-englischen Bündnisses das 1922 unter dem Druck der Ver. Staaten gelöst worden sei. Japan versuche sein Abenteuer in ein chinesisch-mongolisches Gewand zu kleiden und wolle bei diesem Komödienspiel als Kolonialstaat erscheinen. Einige Provinzen Mandschuriens, die zu Japan hielten, hätten sich bereits für „unabhängig" erklärt. Die innere Mongolei dürfe als Zentrum des japanischen Imperialismus gelten, der in der Mandschurei und in der innern Mongolei sich ein zweites Korea schaffen wolle. Zur gleichen Zeit sei der Völkerbund bestrebt, die Stellung der Imperialisten zu stärken. In Nanking, Tokio und Genf werde eifrig an der Aufteilung Chinas gearbeitet.

Der Völkerbund erscheine deshalb, so schließt das Blatt, als Organisator des Krieges und des Kolonialraubes, und dem Kellogg-Pakt werde die Aufgabe zugewiesen, diesen Krieg zu rechtfertigen.

Weltumschau

Italien sucht Deutschlands Freundschaft. Politische Kreise Roms erwarten von dem Besuch des italienischen Außenministers Dino Grandi in Berlin eine weitere Förderung des Zusammenarbeitens zwischen Deutschland und Italien. Grandi wird den Besuch von Reichskanzler Brüning und des damaligen Reichsaußenministers Dr. Julius Curtius erwidern. Er wird Premier Mussolini vertreten, der dem Vernehmen nach erst im Winter für eine Reise nach Berlin abkommen kann. Mussolini hat seit 1924 Italien nicht mehr verlassen.

Zwei Probleme, die zur Zeit des Besuchs der deutschen Minister in Rom im Vordergrunde standen, sind seither ganz oder teilweise gelöst worden. Das erste war der geplante deutsch-österreichische Zollverein, den Mussolini mißbilligte. Das zweite war die Verhinderung eines finanziellen Zusammenbruchs in Deutschland und die Durchführung des Hoover-Moratoriums. Es verbleiben jedoch noch eine Reihe anderer Probleme ungelöst. Eines ist das Abrüstungsproblem, ein anderes die Frage der Interessensphären der beiden Länder auf dem Balkan. Seit Mussolini zur Macht gelangt ist, hat er stets ein scharfes Augenmerk auf die Balkanländer gerichtet. In seiner Erklärung nach „Italiens Zukunft im Osten liegt." Italien sucht einen Block befreundeter Nationen im Balkan aufzubauen, um eine Gegengewicht gegen die französische Allianz mit Südslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei zu schaffen.

Auch die Deutschen haben großes Interesse am Balkan, was sich schon im Weltkriege durch das Bündnis mit Bulgarien und der Türkei und dem Bau der Bagdadbahn zeigte. Eine Besprechung der beiderseitigen Interessensphären wird einen wesentlichen Teil der Konferenzen zwischen Grandi und den deutschen Ministern bilden.

In dem letzten Jahrzehnt hat sich eine ausgesprochene Deutschfreundlichkeit in Italien bemerkbar gemacht, die von den Zeitungen gefördert wurde und die Billigung der Regierung erhielt. Häufig ist die Ansicht ausgesprochen worden, daß Deutschland und Italien wieder Verbündete werden könnten wie zur Zeit des Dreibundes vor dem Kriege.

Erbitterter Wahlkampf in Großbritannien. Großbritannien ist in die letzte Phase eines Wahlkampfes eingetreten, der mit höchster allseitiger Erbitterung geführt wird, weil er nur drei Wochen dauern darf. Die Arbeiterpartei glaubt größtenteils, daß ihr langjähriger Führer MacDonald sie verraten hat; sie grollt auch über den ständigen sozialen Niedergang der britischen Arbeiterschaft seit einem Jahrzehnt, über die Bestimmung der Arbeitslosenunterstützung, die in Glasgow mit hellem Aufruhr beantwortet worden ist, und über die angedrohten Getreidezölle, weil man noch nicht vergessen hat, daß es einmal in England eine Zeit gegeben hat, wo Kornzölle den Preis eines Brotlaibes auf 25 Cents hinaufschraubten. Außerdem leidet die Arbeiterpartei an einer Art „Lustmörderdemokratie-Komplex". Sie hat nie eine klare Mehrheit im Unterhause gehabt und nie das Machtbewußtsein der Ausführung ihres ganzen Programms auskosten können. Sie begehrt daher den Wahlsieg, um das nachholen und alle ihre Gelüste ausleben zu können.

In der liberalen Partei gibt es nur Knurren und Murren. Sie mag in diesem Wahlkampf vor die Hunde gehen. Lloyd George, der 40 Jahre lang ein mächtiger Parteiführer war, ist nur mit einem kleinen Häuflein seiner Getreuen, in dem zwei seiner eigenen Kinder figurieren, von MacDonald abgestoßen und geht seinen eigenen Weg. Ein Teil seiner früheren Gefolgschaft hat sich vom Fortschrittler abgewendet und sich mit den verhaßten Tories verbündet, ein anderer Teil mag zur Arbeiterpartei überlaufen.

Stärkste der Konservativen ist sehr unbehaglich dabei zu Mute, daß sie vorläufig wenigstens sich nun einem Mann wie MacDonald scharen müssen, den sie zeitlebens bekämpft haben, und es herrschen unter ihnen gewaltige Meinungsverschiedenheiten darüber, wie weit man mit der Einführung von Schutzzöllen gehen darf. Einflußreiche lassen aber nahezu 2000 Parlaments-Kandidaten ihr Redefeuerwerk prasseln und versprechen den Stimmgebern für den Fall, daß sie erwählt werden sollten, goldene Berge.

Völkerbund und Kalenderreform. Die internationale Kalenderreform-Konferenz des Völkerbundes in Genf nahm eine Erklärung an, in der Ostern als fester Tag empfohlen wird, nachdem die Frage der allgemeinen Vereinfachung des Kalenders auf eine günstigere Zeit und vertagt sich. Die Konferenz erklärte, daß die Festlegung des Osterfestes für das allgemeine Wohl wegen der sozialen und wirtschaftlichen Nachteile des gegenwärtig wechselnden Datums" wünschenswert wäre. Dem Sonntag nach dem zweiten Samstag im April wurde von den meisten Delegierten der Vorzug gegeben. Der Völkerbundsrat wurde ersucht, die Empfehlung der Konferenz den christlichen Kirchen zu übermitteln, wobei sie die Hoffnung hegten, daß diese die Empfehlung „mit dem größten Wohlwollen" prüfen würden. Die Konferenz ersuchte den Völkerbundsrat noch weiter, die Regierungen vor dem 30 April 1933 von dem eventuellen von den Kirchen vorgeschlagenen Schritt zu unterrichten.

Viele Delegierte, darunter die amerikanischen, waren für einen Dauerkalender, aber die Opposition der religiösen Führer der Juden und gewisser christlicher Gemeinschaften war zu stark, um ein gemeinsames Handeln zu gestatten."

An der Konferenz nahmen Vertreter von 41 Nationen teil. Es waren auch verschiedene Delegationen erschienen, die amerikanische Kalenderreform Organisationen vertraten.

Neue Schwierigkeiten der Sowjets. Die Sowjet-Regierung und die Kommunisten-Partei haben jetzt Schritte eingeleitet, um eine Behinderung des Programms der „Brotverteilung" zu unterdrücken. Das Vorgehen richtet sich gegen viele Kollektivfarmen, die Getreide für individuelle Bedürfnisse aufgespeichert haben, anstatt ihre Verpflichtungen dem Staate gegenüber zu erfüllen. Die ganze Lage wird auf Einflüsse der Kulaks, der Großbauern zurückgeführt und hat das Zentralvollzugskomitee und die Kommunisten-Partei der Ukraine, welches Gebiet die Getreidekammer der Nation ist, veranlaßt ernste Maßnahmen zu treffen. Strafverfahren gegen zahlreiche Parteimitglieder, die mit Einsammeln von Getreide beauftragt worden, sind angeordnet worden. Neun Beamte und Mitglieder verschiedener Ortsverbände der Partei wurden ausgestoßen, weil sie die Erfüllung des Programms der Brotverteilung nicht gehörig durchgeführt und keinen Druck auf die Kulak-Elemente ausgeübt hatten. Acht andere wurden aus ihrem Wirkungskreis entfernt, und ihnen droht Ausstoßung aus der Partei, falls sie sich weiterer Vergehen schuldig machen sollten. Außerdem erging an 34 Ackerbau-Distrikte die Warnung, daß scharfe Maßnahmen ihnen bevorstehen, falls sie bei dem Getreide einsammeln nicht bessere Resultate erzielen sollten.

Von der Sowjet-Regierung wird darauf aufmerksam gemacht, daß in vielen Fällen Getreidevorräte als Viehfutter, als Saatkorn und für andere Zwecke aufgespeichert werden, ohne die staatlichen Kontrakte zu beachten. Derartige Zustände werden als „unerträglich" bezeichnet. Einzelne Landwirte dürfen künftighin Getreidevorräte erst anderweitig umsetzen, nachdem sie ihre Verpflichtungen der Regierung gegenüber erfüllt haben.

Probleme am Stillen Ozean. Die vierte zweijährliche Konferenz des Instituts für pazifische Beziehungen wurde in Shanghai (China) eröffnet. Angeblich sollen die Delegaten entschlossen sein, eine Berührung des japanisch-chinesischen Gegensatzes nicht zu vermeiden. Beide Länder hatten Vertreter zu der Tagung entsandt. Jerome D. Greene, New Yorker Bankier und Vorsitzender des pazifischen Instituts, gab den Entschluß zur Besprechung des Problems bekannt. In der Eröffnungssitzung wurden die Delegaten durch den chinesischen Erzieher und Philosophen Dr. Hu Shie willkommen geheißen.

Australien, Canada, die Vereinigten Staaten, China, Großbritannien, Neuseeland und Japan hatten Vertreter entsandt, während die Philippinen-Inseln, Holländisch Ostindien und das Internationale Arbeitsbüro des Völkerbunds Beobachter entsandten. Die Tagung soll bis zum 4. Nov. dauern. Man nimmt an, daß sich die Besprechungen hauptsächlich um Handelsbeziehungen im pazifischen Raum drehen werden, wobei die gegenwärtige Wirtschaftsdepression besondere Beachtung finden soll. Die wirtschaftliche Entwicklung Chinas und die diplomatischen Beziehungen der vertretenen Länder zueinander sollen ebenfalls besprochen werden.

Das Institut für pazifische Beziehungen ist insofern einzig in seiner Art als es keinen offiziellen Status besitzt und auch keinen derartigen Status anstrebt. Es nimmt auch keine Entschließung an, versucht jedoch, gegenseitiges Verständnis unter den einzelnen Mitgliedern anzubahnen und die Aufmerksamkeit der Welt auf die Ereignisse im Fernen Osten zu lenken.

China spielt in diesem Jahr den Gastgeber für 150 Delegaten, die sich außer mit den oben berührten Problemen auch mit Wanderungs- und Rassefragen, mit den Problemen der eingeborenen Völkerschaften des Pazifiks, der Arbeit und des Lebenshaltungsniveaus, der Ernährung und der Bevölkerung, sowie mit den auswärtigen Beziehungen Chinas befassen wird. Die Einwanderung der Philippinos nach den Ver. Staaten, der Einfluß der amerikanischen Zölle auf den orientalischen Handel, und die Bevölkerungsbewegung in den nordöstlichen Provinzen Chinas lenken ebenfalls große Aufmerksamkeit auf sich.

Deutsch als Verkehrssprache.

In Kowno (Litauen) hat neulich der 8. Kongreß der litauisch-lettischen Annäherungsvereine getagt. Diese Vereine bestehen jetzt seit fast zehn Jahren in Riga und Kowno. Bisher haben sie sich, obwohl eine gewisse Deutschland wenig freundliche Einstellung bei ihnen von vornherein vorhanden war, in der Hauptsache jenen Aufgaben gewidmet, die ihnen durch ihren Namen bereits vorgezeichnet sind. Auf dem diesjährigen Kongreß zeigte sich jedoch bedauerlicherweise eine betont deutschfeindliche Tendenz, und zwar im Anschluß an einen von dem in Deutschland allgemein geschätzten Prälaten Tumas gehaltenen Vortrag über die „Notwendigkeit einer internationalen Verkehrssprache für die baltischen Staaten." Prälat Tumas machte den Vorschlag, die deutsche Sprache als Verkehrssprache allgemein einzuführen, wobei er aber gleichzeitig auf den besonderen Wert der Kenntnis des Russischen hinwies. Er begründete seinen Vorschlag mit dem Hinweis auf die hohe Stufe der deutschen Kultur und Wissenschaft, die engen Wirtschaftsbeziehungen der baltischen Staaten zu Deutschland und unter besonderer Betonung der Tatsache, daß das Deutsche in Litauen bereits als erste fremde Sprache in den höheren Schulen eingeführt sei und in den baltischen Staaten allgemein von einem großen Hundertsatz der Bevölkerung beherrscht werde. Durch die Bevorzugung der Deutschen Sprache, so meinte Tumas, erwachse den jungen Baltenstaaten keinerlei Gefahr angesichts des vorhandenen starken Nationalbewußtseins.

Dieser Vorschlag des Prälaten Tumas war der Auftakt zu einer lebhaften Aussprache, die unerfreulicherweise mit seiner Ablehnung endigte. Besonders die Letten verhielten sich in diesem Zusammenhang verneinend und begründeten ihre Stellungnahme mit der Furcht vor dem Anwachsen des deutschen politischen und wirtschaftlichen Einflusses. Sie wiesen ferner darauf hin, daß die deutsche Minderheit in den baltischen Staaten in eine bevorzugte Lage kommen würde, wenn man ihre Muttersprache als internationale Verkehrssprache einführt. Aus diesem Grunde machten die Letten den Vorschlag, man möge der englischen Sprache den Vorrang vor der deutschen geben, da diese ja auch bereits in der ganzen Welt Geltung habe. Ein litauischer Redner erklärte sich als Anhänger der französischen Sprache und leistete sich bei dieser Gelegenheit beklagenswerte Ausfälle gegen Deutschland.

Nachdem von litauischer Seite noch der Kompromißvorschlag gemacht worden war, in den baltischen Staaten an den Mädchenschulen die deutsche, dagegen an den Knabenschulen die englische Sprache als obligatorische Fremdsprache einzuführen, wurde vorgeschlagen, die Wahl der wichtigsten Fremdsprache den Regierungen zu überlassen, die ihrerseits eine Sonderkonferenz von Vertretern der Kultusministerien, Universitäten und anderer Bildungsanstalten ausschließlich zu diesem Zweck einberufen möchten. Dabei wurde allerdings die Einschränkung gemacht, daß als Fremdsprache nicht die eines Nachbarstaates (d. h. also weder russisch noch polnisch) noch die einer in den Baltenstaaten lebenden nationalen Minderheit (soll wohl heißen deutsch) bestimmt werden dürfe. Vom deutschen Standpunkt ist dieser Beschluß außerordentlich zu bedauern, und man kann nur hoffen, daß die Regierungen objektiver und leidenschaftsloser an die Prüfung dieser Frage herangehen, als das in diesem Fall von nationalistischer Seite geschehen ist.

Die Todesrate bei Autounfällen in den Ver. Staaten ist jetzt wieder höher als die des amerikanischen Heeres in den Schlachten des Weltkrieges. Nach und nach wird die Schlachtfront ungefährlicher sein als die friedliche Straße.

Ein Statistiker hat ausgerechnet, daß Amerika 65 Prozent aller Radioapparate der Welt besitzt. Jetzt soll auch ausgerechnet werden, wie viele idiotische, blödsinnige Radioprogramme wir haben.

Der Radio-Nachrichtendienst ist jetzt so vollkommen, daß jede Nation jeden Tag Gelegenheit erhält, sich über das Benehmen der anderen Nationen zu entrüsten.

Es wird sicherlich nie wieder irgend ein Wohlsein an uns kommen, wenn nicht jeder einzelne unter uns in seiner Weise tut und wirkt, als ob lediglich auf ihm das Heil des künftigen Geschlechtes beruhe!"

Der deutsche Philosoph Fichte.

Sagen Sie es Ihren Freunden:
„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"

Laval konferiert mit Hoover

Französischer Ministerpräsident nahm mit Deutschen an einem Festessen teil.

Pierre Laval

Washington, D.C.—Im Blauen Saal des Weißen Hauses wurde Ministerpräsident Pierre Laval mit kräftigem Handdruck von Präsident H. Hoover begrüßt, wodurch die herzliche Freundschaft, die Amerika und Frankreich verbindet, symbolisch zum Ausdruck kam. Der Ministerpräsident wurde dem Präsidenten und Frau Hoover durch den französischen Botschafter Paul Claudel vorgestellt.

Gerade vor seiner Ankunft hatte der Präsident von Sekretär Stimson die ersten bestimmten Andeutungen darüber erhalten, welche Gegenstände Laval zu behandeln gedenke.

Ministerpräsident Laval sagte nach dem Empfang im Weißen Haus, daß er darauf vorbereitet sei, alle Fragen von gemeinsamem Interesse für die beiden Nationen mit Präsident Hoover zu besprechen, er lehnte es indessen ab, den etwa 100 erschienenen Zeitungsleuten gegenüber auf Einzelheiten einzugehen.

Um die weitausgreifende Hufeisen-Tafel im Staats-Bankettsaal des Weißen Hauses saßen 85 Männer, die in der Regierung, der Finanz- und Industrie dreier Länder führende Stellungen einnehmen. Ursprünglich war das Gala-Diner für die französischen und deutschen Delegationen zu der Hundertfünfzig-Jahrfeier in Yorktown geplant, wurde aber dann mit der Ankunft des Ministerpräsidenten Laval und seiner Zustimmung, teilzunehmen, zu einem Ehrenessen für diesen.

Präsident Hoover saß oben an der Hufeisenform, Laval zu seiner Rechten und der französische Botschafter zu seiner Linken. Im Hufeisen, direkt ihn gegenüber saß Vizepräsident Curtis, der den deutschen Botschafter von Prittwitz und Gaffron an der einen, den Marschall Petain an der anderen Seite hatte. Unter den an der Tafel Anwesenden befand sich auch Major Fritz von Stauben von der deutschen Reichswehr, der als direkter Nachkommer des Helden im Revolutionskriege, der solchen Einfluß auch auf die Entscheidungsschlacht bei Yorktown hatte, von Deutschland gekommen war.

Auf seiner Fahrt von New York, wo ihm ein begeisterter Empfang zuteil wurde, unterhielt er sich mit Staatssekretär Stimson in Vorbereitung auf die mit dem Präsidenten beabsichtigten Gespräche.

— Herr Gandhi, so heißt es, will ein Prohibitionsgesetz für Indien. Wir wüßten, wo er eins holen könnte, das noch sehr wenig gebraucht ist.

Präsident des Sask.-Pools gestorben.

(Fortsetzung von Seite 1.)

wurden, wie er durch seine Arbeit im Dienste der Getreidevermarktung nicht nur in Canada und den Ver. Staaten, sondern auch in Großbritannien und auf dem europäischen Kontinent sich einen Namen machte.

Im Januar 1927 hatte sich McPhail in Regina mit Fräl. Marion Baird verheiratet. Sie sowie ein dreijähriges Söhnchen, fünf Brüder und drei Schwestern leben in Westcanada überlebten ihn.

Beileidsbezeugungen.

Von allen Teilen Canadas und sogar aus den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Kontinentaleuropa und Australien kamen Beileidskundgebungen zum Ableben eines Mannes, dessen Kindheit, Jünglings- und reifen Mannesjahre auf der Farm verlaufen, und der die ganze Kraft seiner späteren Jahre darauf verwandte, die Lebensverhältnisse in den Farmheimen Westcanadas zu verbessern.

Beileidsbezeugungen kamen von seinen Mitarbeitern auf dem Gebiete der genossenschaftlichen Vermarktung im Westen, von Weizenpool-Komitees, den Vereinigten Farmern von Canada sowie Einzelfarmern, vom canadischen Premier-Minister, von Männern des öffentlichen Lebens in Ottawa und den Westprovinzen, von genossenschaftlichen, nationalen und internationalen Organisationen, sowie von vielen Organisationen, die mit dem Getreidehandel in Verbindung stehen. In diesen Kundgebungen werden die Aufrichtigkeit, Ehrlichkeit, Selbstlosigkeit und Zielstrebigkeit des verstorbenen Poolpräsidenten gerühmt.

— Anstatt zu jammern, daß uns auf der Bühne des Lebens, das Schicksal eine uns nicht zusagende Rolle gegeben hat, sollten wir darauf bedacht sein, die uns zugefallene Rolle gut durchzuführen. Ob uns Beifall gespendet wird oder nicht, ist Nebensache, wenn wir nur mit innerer Befriedigung von der Bühne abtreten können.

Reparationsfrage.

(Fortsetzung von Seite 1.)

daß die Abrüstungskonferenz, die im nächsten Februar in Genf stattfinden wird, von Erfolg begleitet sein werde. Die Initiative zur Ausdehnung des Schuldfeierjahres wurde den hauptsächlich in Betracht kommenden europäischen Mächten überlassen.

Aus der gemeinsamen Erklärung ergab sich, daß die beiden Staatsmänner das gesamte politische und weltwirtschaftliche Gebiet erörtert haben.

Um den polnischen Korridor.

Vom Weißen Haus, dem Regierungsgebäude in Washington, wurde noch eine besondere Erklärung folgenden Inhalts erlassen: „Nach **einer Pressemeldung soll der amerikanische Präsident eine Revision des polnischen Korridors angeregt haben. Diese Mitteilung entbehrt jeder Begründung. Der Präsident hat keine diesbezüglichen Vorschläge gemacht."** (Vielleicht ist die für den europäischen Frieden so wichtige Frage der deutsch-polnischen Grenze aber doch in irgendeiner Form besprochen worden. D. Red.)

Ein geeintes demokratisches China?

Shanghai, China. — Ein geeintes demokratisches China, das angestrebte Ziel des ersten Präsidenten Sun Yat Sen, scheint der Verwirklichung näher zu sein. Chiang Kai Shek, Präsident der Nanking-Regierung, war hier in Beratung mit politischen Gegnern, die bis zum militärischen Einmarsch Japans in die Mandschurei in aktiver Revolte gegen seine Regierung waren.

Die hier eingeleiteten Friedensverhandlungen zwischen Führern der Nanking- und Kanton-Faktionen werden wahrscheinlich mehrere Tage andauern. Darauf werden sich die beiderseitigen Vertreter nach Nanking, 93 Meilen nordwestlich von hier, zu einer formellen Friedenskonferenz begeben.